

(Abgeordneter Fleißner.)

W) aufs Auge, wurde bereits erwähnt. Wenn aber gesagt worden ist, daß dieser Erlaß „herausgegeben“ worden sei, so stimmt das nicht, im Gegenteil, er sollte ja gerade eben nicht herausgegeben werden. Das ist ein Befehl, ein Befehl an die in Leipzig garnisonierenden Soldaten, ein Geheimbefehl, und unserem Organ, der „Leipziger Volkszeitung“, ist es zu verdanken, daß dieses Schriftstück an die Öffentlichkeit gekommen ist. Ein kurzes Zitat zeigt, wie, wenn es nach dem Generalleutnant Kaufmann in Leipzig geht, das sächsische Volk in der allernächsten Zeit behandelt werden soll. Nicht Demokratie will man ihm geben, nicht Parlamentarisierung des staatlichen Lebens, sondern mit Maschinengewehren, Handgranaten und Gasbomben soll das etwa zu üppig aufbegehrende Volk niederkartätscht werden. Es heißt in jener Bestimmung am Schluß:

„Alle Kommandoführer müssen von dem Ernst der Lage durchdrungen sein. Es darf bei ihnen kein Zweifel obwalten, daß nur energische Maßnahmen die Unterdrückung der Unruhen herbeiführen können. Jedes unbestimmte, zaudernde Auftreten wird die Übergriffe und Anmaßungen der Masse vermehren. Nötigenfalls darf vor dem Gebrauche der Schußwaffe nicht zurückgeschreckt werden.“

B) Ich weiß nicht, ob jener Generalleutnant, der von seiner früheren Zeit in Dresden her bei den Soldaten geradezu berüchtigt ist, ob jener Herr eine Ahnung von der Stimmung der Soldaten hat. Vielleicht aber glaubt er auch, daß es bei uns nicht so sein könne als in dem Staate, der bis vor kurzer Zeit noch als ein Bundesgenosse und bundestreuer Staat begrüßt wurde, Osterreich-Ungarn. Ja, meine Herren, wir wissen es ja aus den Zeitungen, dort versuchte man auch zunächst in ähnlicher Weise das aufbegehrende Volk unterzukriegen, und ein erhebendes Moment muß es gewesen sein, als in Budapest die Gewalthaber die Hauptwache antreten ließen, um sie gegen das Volk zu kommandieren, als dann diese Hauptwache wohl antrat, aber sich an die Spitze des revolutionären Volkes gestellt hat. Ich hoffe, ich wünsche, daß es auch bei uns so weit kommt, wenn man wirklich das tut und durchführt, was hier den Soldaten zugemutet wird in der jetzigen Zeit. In der jetzigen Zeit, meine Herren. Ich weiß nicht, ob man die Situation so total verkennet, daß man den Mut hat, noch mit derartigen Befehlen an die Soldaten heranzutreten, in deren Kreisen es doch wahrhaftig stark genug gärt. Und ein Wunder wäre es, wenn es nicht so wäre!

Meine Herren! Nur einige Worte über den Gang der Dinge, um die es sich heute bei unseren Beratungen hier handelt. Zunächst war die Sache ja so gedacht, daß

man sie einleiten wollte mit einem parlamentarischen W) Bierabend,

(Heiterkeit.)

echt sächsisch gemütlich, und ich bedaure sehr, daß man davon Abstand genommen hat, denn das hätte durchaus in den Rahmen gepaßt und wäre ein durchaus würdiger Anfang dazu gewesen, wie man in Sachsen demokratisiert und parlamentarisiert.

Die Beschlüsse sind, auch das ist bezeichnend, einmütig gefaßt worden, einmütig Schulter an Schulter mit den Herren aus der Ersten Kammer, mit dem früheren ungekrönten König von Sachsen, Herrn Dr. Mehnert, und diese ganze Mudderei in diesem Staatsrat stellt sich heraus als eine neue Auflage der früheren Nebenregierung von Sachsen.

(Heiterkeit. — Lachen rechts.)

Eine etwas andere Aufmachung, mit etwas gefälligeren Formen, in der Hauptsache aber würde dieser Staatsrat, wenn er in der gleichen Weise fortführe, Beschlüsse zu fassen, wie er es begonnen hat, keinen anderen Zweck haben können, als neben dem Parlamente eine Einrichtung zu sein, die mehr oder weniger die Aktion des Parlaments lähmt und seine Beschlüsse vorwegnimmt. Es ist in der Presse behauptet worden, in diesem Staatsrate seien alle Parteien des Landtags vertreten. Meine Herren! Das ist nicht wahr! Meine Gruppe hat natürlich keine Sehnsucht nach diesem Staatsrat. Ich möchte aber doch der Ordnung wegen ausdrücklich feststellen, daß nicht davon die Rede sein kann, daß in diesem Staatsrate alle Parteien und damit auch das gesamte sächsische Volk vertreten wäre. Wenn unsere Gruppe in diesem Saal auch zurzeit schwach ist, so kann unsere Partei im Lande auch jetzt schon gut und gern den Vergleich in bezug auf ihre Stärke mit allen übrigen Parteien aushalten. Aber, wie gesagt, wir legen gar keinen Wert darauf, gefragt worden zu sein, wir hätten es wahrscheinlich dankend abgelehnt, so mitzuarbeiten, wie man es hier im Staatsrat begonnen hat. Aber ich betone wiederholt: dieser Staatsrat bedeutet seiner ganzen Einrichtung nach bis zu einem gewissen Grade eine Ausschaltung des Landtags, eine Ausschaltung des Volks, und er bedeutet, was noch wichtiger ist, eine prinzipielle Anerkennung des Weiterbestehens der Ersten Kammer. Wenn man die Erste Kammer, wie es freilich nach der Verfassung zunächst vorgeschrieben ist, in diesen Staatsrat zuzog, so heißt das das Gewicht der Ersten Kammer stützen, die Erste Kammer in ihrer ganzen Position stärken. Es heißt, daß man der Meinung ist, ohne die Erste Kammer überhaupt nicht diese sogenannte Demokratisierung und Parlamentarisierung